

Arbeiter-Zeitung

für Schlesien

Organ der KPD, Sektion der 3. Internationale

Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“

Begründet von Bernhard Schöllander (Wetz, 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Herausgeber: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Wollschleifer: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Hochhaus). Fernsprecher 439 02. Sprechstelle der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. Allgemeinredaktion: Görlitz, Lautz 8. Fernsprecher 2384. Geschäftsstelle von 8—10 Uhr. — Gesellschaftsstand: Gottlieb-Lange-Straße 10, Breslau. — Berlin: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Sektion 10, Treubelser Straße 50. Fernsprecher 460 30.

Streits im ganzen Reich

Pflichtarbeiterstreiks in Miltitzschütz und Miechowiz — Vor dem Streit im oberschlesischen Bergbau

Es geht um Lohn und Brost!

Hindenburg. Der Bergarbeiterkampf in Oberschlesien hat sich infolge des 10-prozentigen Lohnabzuges ab 1. Januar 1932 eine ungeheure Erregung bemächtigt.

Auf den Delbrückshäfen, Abwehr-, Concordia- und Sosnitzgrube fanden zur Montag-Nachmittag Belegschaftsversammlungen, die lebhafte verliefen, statt.

In der Belegschaftsversammlung der Sosnitzgrube sprachen der KPD-Betriebsrat Macho zel und das frühere, zum SPB übergetretene SPD- und DAP-Mitglied Wahbezynel unter großer Zustimmung der Belegschaft. Die beiden Arbeiter wurden gewahrsagt und aufgesfordert, sofort die Waschküche und den Grubenhof zu verlassen, wobei sie von der Polizei nach Waffen durchsucht wurden. Eine Reihe weiterer Maßregelungen fanden auf den einzelnen Gruben statt, worüber bei den Belegschaften große Empörung herrschte.

Sämtliche Schachtanlagen wurden mit starken Polizeikräften, unterstützt von Werkpolizei und Feuerwehr, besetzt. Überhauptskommandos und Polizeiabteilungen aus den Zufahrtsstraßen nach den Gruben und halten das Gelände unter starker Bewachung. Flugblattverteiler wurden von Polizeimannschaften mit Polizeihunden verfolgt. Festnahmen erfolgten nicht. Für Mittwoch, den 6. Januar („Heilige drei Könige“), sind von der Revolutionären Gewerkschafts-

Opposition für den Bergbau und die Hüttenbetriebe fünf große Demonstrationen angelegt worden.

Am Sonntag, dem 3. Januar, fand in Beuthen eine Auftakttagung der Nazis statt, die sich wie unter Gewaltmaut hielten, mit der KPD-Erkrankung und strategisch bedeckte und insbesondere reichlich auf Grund der Lage Oberschlesiens als Industriegebiet mit seiner massenhaft zusammengeholten Arbeiterschaft, die verhärtete Arbeit zur Unterbindung von Streiklämpfen zu betreiben.

Genau so wie im Oktober ritten die kapitalistischen Streikbrecher, werden von Hitler gegen den Kampf der Arbeiterschaft. Die Söhne des Kapitals militärische Marginalen. Die lärmende rote Einheitsfront wird über die Front der Unternehmergarden liegen.

Am Mittwoch, dem 3. Januar, hatten im Oktober die Pflichtarbeiter einen Streit zur Verteilung der Pflichtarbeit, die damals auch eingestellt wurde, geführt. Auf Grund einer Verjährung der Beobachten, in allen Betrieben die Pflichtarbeit einzuführen, sollte das auch wiederum in Miltitzschütz geschehen. Die Arbeiter verwirgerten geschlossen die Aufnahme der Arbeit.

Die Miechowitzer Schachtarbeiter traten gleichfalls am Montagmorgen nach Verhandlungen mit dem Bürgermeister, nachdem man ihre Forderung auf Tariflohn nicht anerkannte, in den Streit.

„Streikhetze der Kommunisten“

richtet der „Bergwacht“, Kumpel, entscheidet du!

Dez. 1930: Lohn für 25 Schichten à 7,10 177,50 Mark.

Jan. 1931: Lohnraub von 5% . . . 6,75 168,75 "

Nov. 1931: Lohnraub „ 7% . . . 6,28 157,00 "

Jan. 1932: Lohnraub „ 10% . . . 5,65 141,25 "

Für den Bergbau in Oberschlesien 36,25 Mark

verbund durch Wertheim, Plein 25,25 Mark

verbund durch erhöhte Wertheine und Plein 5,00 Mark

Gesamt-Lohnraub 66,50 Mark

Lohn Dezember 1930 = 177,50 Mark

Gesamt-Lohnraub = 66,50 Mark

verbüdet 111,00 Mark

Abzüge zur Gewinnsteuer und steuerfrei 15,75 Mark

für Miete und Einkommen 20,00 Mark

zu 10% auf Werte 15,00 Mark

30% auf Werthe 5,00 Mark

55,75 Mark

Kumpel!

Was bleibt für dich und deine Familie zum Leben übrig?

Durch alter Schuherei bist du zum Verhungern verurteilt!

Die Bosse und Konzernen wollen euch durch ihre Geheime Lohnraub auszögeln!

Betriebsratsmitglied gemäßregelt

Waldenburg, 5. Januar. Der Terror der Betriebsverwaltungen gegen die roten Betriebsräte hat eingesetzt. Das Betriebsausschussmitglied Müller vom Hans-Heinrich Schacht ist gemäßregelt worden.

Die Wachtäume auf den Anlagen werden von Krimis und Grubenbeamten bestellt gehalten. Der Völkisch-Dämonische Betriebsrat Braunwald hat in der gestrigen Versammlung der Fraktionen zum Streik aufgerufen.

Die für gestern angelegten Belegschaftsversammlungen hat die Polizei verboten.

Berliner Metallarbeiter im Streit

Berlin, 5. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Gestern traten 100000 Betriebsarbeiter des Betriebes der AGO, in Reinickendorf, nach 7 Uhr auf dem Hof des Betriebes der AGO, in Reinickendorf eine Versammlung statt, in der mit 97 Prozent die Arbeitszeit, einschließlich der freigewerkschaftlichen Abstehen, den 21 Stunden-Streit gegen 20 Überordnung abgeschlossen. Am 5. Januar unter revolutionärer Führung nahmen 2000 Männer teil. Die AGO-Belegschaft verließ mit sämtlichen Gehaltslungen den Betrieb.

*

Berlin, 5. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Gestern traten 100000 Berliner Metallarbeiter in den Streit unter revolutionärer Führung: Rothmann, Borsigwalde 400 Mann
Schönholz 150 Mann
Hartmann, Lichterberg (fast alle Lehrlinge) 200 Mann
Rüdersdorf 25 Mann

Seit Sonnabend protestieren die Fabrikarbeiter in Friedrichshain sowie der Metallbetrieb Krüger. Bei Schuhfabrik in Schöneberg wurde gestern eine Stunde nicht gearbeitet. In der Wittenbergstrasse, wo die Strohe nahmen 27 Jungarbeiterinnen an dem Streit teil.

Am Sonnabend, den 2. Januar, fand die erste Streikversammlung statt. Die AGO-Belegschaft, ebenso wie der anderen Stahlwerke, am Sonnabend, den 31. Dezember, zum Gewerkschaftsversammlung genommen und nach Aufstellung von betriebslichen Forderungen eine Verhandlungsrunde gewählt, die dem Unternehmer die Forderungen des Betriebsrats unterbreiten sollte. Als der Unternehmer sich weigerte, mit der Kommission zu verhandeln, antworteten die Arbeiter und Fabrikarbeiter mit dem Eintritt in den Streit.

Faschisten-Terror gegen Streikende

Essen, 4. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Von fast allen Schachtanlagen des Ruhrgebietes wird gemeldet, daß Stahlhämmer und Nazis sich mit der Tiere zusammengetrieben haben, um die Belegschaft zu terrorisieren. Auch reformistische Betriebsräte bilden mit Knüppel bewaffnete Terrorgruppen gegen Streikenden. Faschistische Betriebsbeamte und reformistische Spitzenfunktionäre ergänzen die Polizei im Sicherheitsdienst für die Betriebsarbeiter.

Die bürgerlichen Telegraphenbüros melden aus dem Ruhrgebiet zahlreiche Polizeiaktionen gegen die Streikenden und gegen Streiklagerungen, sowie Massenverhaftungen.

In Essen wurden 75 Arbeiter verhaftet, in Bochum wurden 26 Personen festgenommen und sollen dem Schiedsrichter vorgeführt werden.

Aachen, 4. Januar. (Eig. Drahtbericht.) In Aachen kam es am Sonnabend zu einem Streit der Elektroarbeiter des größten Werkes in der Goethestraße. Ihnen schlossen sich 500 städtische Arbeiter an.

Textilarbeiter unter Führung der KGD. im Streit

Zur den zahlreichen Textilwerken Berlin eichenberg sind die Arbeiter und Arbeiterschaft unter Führung der KGD. gegen den vom Unternehmer beschuldigten Lohnabbau in den Streit getreten.

Textilarbeiter in Rheinland-Westfalen streiken

Gladbeck, 1. Januar (Wib, Eig. Bericht.) Am Gladbecker Kreisgericht hat die Prokuratur bei dem Amtsgericht einen Streitentscheid erbracht. Am Gladbeck stand bei der Amtsgerichtsbehörde, unter einer schriftlichen Erklärung, fest, daß der Betriebsrat wurde, das Unternehmen kann keine Auskünfte an der Polizei geben. Am großen Gladbecker Textilbetrieb waren wurden als

Jeder zweite Einwohner lebt von Unterstützung

4600 Einwohner: 800 Erwerbslose, 100 Kleinrentner, 375 Invalidenrentner, 68 Kriegsverletzte und Hinterbliebene — Unterstützung um 8 Prozent gekürzt
Bankrott der „Winterhilfe“

Tie bürgerliche Presse meldet:

Bollenhain, 2. Januar. Insolvenz der bekannten Firma Meinhner und Grahe in Landeshut hat die Bollenhainer Bevölkerungsabteilung mit dem 1. Januar ihren Betrieb völlig geschlossen. Damit ist der letzte Rest der Firma Kramer, die hier seit 1797 existierte, wahrscheinlich für immer erloschen. Die Stadt ist durch die Schließung dieses im übrigen modernen Betriebes in eine geradezu trostlose Lage gebracht worden. In einer Denkschrift an die Regierung stellt jetzt der Magistrat fest, daß es in Bollenhain 800 Erwerbslose, 100 Kleinrentner, 375 Invalidenrentner und 68 Kriegsverletzte und Hinterbliebene gibt. Rechnet man auf jeden Erwerbslosen nur eine Frau und ein Kind, so ergibt sich, daß von den 4600 Einwohnern die Hälfte von Unterstützungen leben muss. Berücksichtigt man außerdem die Kleinrentner und die Invaliden, so ergeben sich etwa zwei Drittel der Bollenhainer Bevölkerung, die nicht das Existenzminimum erreichen.

Das Elend in dieser Gemeinde wird noch verschärft durch den brutalen Abbau der Unterstützungsätze. Dazu schreibt uns unser Arbeitssprecher:

Trotzdem der Kreis Bollenhain schon die niedrigsten Wohlfahrtsätze im ganzen deutschen Reich zahlt, wurden bei der letzten Auszählung 8 Prozent abgezogen. Ein Wohlfahrtsarbeitsloser mit sechs zusätzlichen berechtigten Personen, im ganzen sieben Personen, erhält 13 Mark ausgezahlt, das macht pro Tag und Monat 26 Pfennig (sechs und zwanzig Pfennig). Besuchs um Wohlfahrtsunterstützung werden mit allerhand Begründungen abgelehnt. Begeht die Mutter des Antragstellers irgendwelche kleine Rente, so heißt es: „Ihre Mutter hat mir für Sie zu sorgen.“ Dasselbe gilt da, wo Kinder vorhanden sind, die eine Waisenrente beziehen. Wir machen einen Rundgang zu verschiedenen Arbeitersfamilien; die Frau eines Wohlfahrtsempfängers sagt: „Hier sehe ich, von der Winterhilfe habe ich für dieses achtjährige Mädchen etwas getragene Unterwäsche erhalten. Das einzige Überländchen ist abgetragen, die Schuhe sind kaputt. Bei dieser Wärme werbe ich das Kind wohl nicht zur Schule schicken können. Meinem Mann haben sie die Wohlfahrtsunterstützung um 8 Prozent gestrichen. Dem Jungen gehen die einzigen Schuhe auch schon kaputt, entweder kann ich die Miete nicht bezahlen und liege aufs Straßenpflaster oder muß meine Kinder in Unterröcken zur Schule schicken. Ich selbst habe meine letzten Brocken an.“ Hunderte solcher Fälle könnten wir hier aufzählen, und wie ein Hahn mitten es an, wenn ein Bürgermeister zur „Erbauung und Trost“ eine Fichte als Weihnachtsbaum am Oberring mit elektrischer Beleuchtung aufstellen läßt!

Nachdem die Regierung mit Hilfe der SPD- und ADGB-Führer durch mehrmalige Notverordnungen sämtliche Erwerbslosenhilfe und Löhne abgebaut, wird in allen Gemeinden der Wohlfahrtsrat megrasiert und die Hungersähe der Wohlfahrtsarbeiter auf eine Stufe gesenkt, deren Höhe — selbst nach Angaben des bürgerlichen Pressedienstes — weit unter dem Existenzminimum liegt. Mit allerhand Tantam hat man für die kapitalistische „Winterhilfe“ getrommelt. Dieselben Parteien, die den Abbau der Erwerbslosenunterstützung durchführen, die das Massenleid verschulden, geben alte Stiefel, zertrümmerte Mäntel und brüsten sich dann: „Seht, was wir für Euch tun.“

Die Erwerbslosen müssen in Verbindung mit in ihr Herzen gehenden Arbeitern Sturm laufen gegen die immer härtere drohende Elendswelle. Stellt Massenanträge, demonstriert eure Not durch wichtige Demonstrationen!

Wenn das kapitalistische System nicht mehr in der Lage ist, fünf Millionen Proletarien Brot und Arbeit zu geben und diese unübersehbare Armee hungernder Männer und Frauen dem Hungertode oder Selbstmord überantworten will, so sind diese Missionen fest entschlossen. Brot, Arbeit und Freiheit zu erkämpfen.

Er soll froh sein, daß er überhaupt was kriegt

Rothenbach. Gemeindereicher Reuschel beteuert immer bei jeder sich bietenden Gelegenheit seine übergreife Arbeitervorherrschaft. Er entschuldigt sich auch immer bei allen Parlamenten in dieser oder jener Angelegenheit für die Arbeiter nichts tun zu können, da ihm die Hände „gebunden“ wären. Wie kan dieser Herr aber die Elendslage der Erwerbslosen denkt und handelt, zeigt folgender Vorfall. Der Arbeitslose Josef Klein aus Rothenbach hat 20 Wochen Stempelgeld bezogen. Ein Anspruch auf Hilfe besteht nicht, da er Ausländer ist, folglich muß er nach Ablauf der Stempelperiode Wohlfahrtsunterstützung erhalten. Um seine Unterbrechungen in seiner langen Unterhaltung einzutreten zu lassen, meldete sich Klein rechtzeitig an der Gemeinde zum Bezug von Wohlfahrtsunterstützung an. Als nun Klein nach zwölfjähriger acht Tagen sein erstes Geld erhalten wollte, so stellte er sich heraus, daß sein Antrag überhaupt noch nicht bearbeitet war, und man bat den 9.-10. März Vorrichtung an, obwohl er auf zirka 18. März Unterstützung beansprucht hat. Als Klein dagegen protestierte, mußte erst der Schreiber „Voss“ in die Privatzimmer des Gemeindereicher Reuschel gehen, obwohl Reuschel am Vorrichtung in das Büro gehört. Scheinbar bestand bei ihm die Zwickel feier schon während seiner Tumult Reuschel ließ dann durch Poststempel Klein mitteilen, er soll froh sein, daß er überhaupt was kriegt!! Das in Reuschels mäßiges Gesicht fuhr über, daß sich dieser Herr nicht in die Lage eines Wohlfahrtsempfängers versetzen kann, er bezichtigt ja neuer seinen 7000 Mark Jahreseinkommen noch das dreifache Jahreseinkommen eines Wohlfahrtsempfängers an Reisepesen; daran erinnert sich, daß die Gemeindetasse dauernd leer ist und die Wohl-

fahrtsempfänger mit Vorschüssen abgespielt werden. Solche Zustände können die Arbeiter nur bestätigen, wenn sie sich zusammenfinden in roter Einheitsfront, um durch entschlossenen Kampf Brot und Arbeit zu erringen.

Allerlei „Wohlfahrt“

Schweidnitz. Für die „Wohlfahrter“ schenkt alles Schlechte noch auf genug zu sein. Von dem „billigen Rat mein“, bis Liter 20 Pf. der Firma G. ganz zu schweigen, richten wir an den Magistrat die Frage, wann denn endlich eine öffentliche Abrechnung über die öffentliche Sammlaktion aller beteiligten Organisationen erfolgen wird. Oder ist etwa das Geheimnis aufgehoben, um bei der nächsten

Wir müssen

den Millionen Hungernden und Unterdrückten die Erkenntnis beibringen, daß die Voraussetzung, den Hunger zu stillen, der revolutionäre Kampf ist.

Den Kampf führen

gegen Sozial- und Nationalsozialismus heißt Klufträumen mit den Feinden des werkstätigen Volkes.

Um Arbeit und Brot

kämpft die proletarische Klasse unter der Führung der Kommunistischen Partei und der KPD.

Jede Ortsgruppe und Zelle

hat ihr Soll gestellt bekommen. Die „Schmiede“ zeigt jedem Funktionär und Parteimitglied, was zu tun ist.

Schafft Abonnenten und werbt Parteigenossen

damit der Kampf vervielfacht, die Aktivität der Massen gefeiert wird.

Königsberg (Preußen) (Einheitlichkeit der Wohlfahrtsaufgabe) ein kleines Heftvölkchen bereit zu haben, um die hungrigen Männer zu verleben? ... Wie es scheint, wird schon langsam daraus hingerichtet, die Arbeitssachen an die „berühmte“ Nationalverbündung (1917/1918) zu gewöhnen. Die vorabfolgenden Karten für „Verbülligung“ von Kohle, Fleisch und Brot liegen oft hausweise zerstreut auf der Straße, weil die Verbülligung eine Verbüllung der armen Volkslerung darstellt! ... Und zum Thema: verbülligte noble! Es beruft sicher auf Wahrheit, wenn behauptet wird: die Firma G. sollte durch verantwortliche Verbüllung das Geschäft allein erhalten. Als die anderen Wohlfahrtsräte auftraten, wurde ihnen das Ultimatum ge-

Vohnraub an den Textilarbeitern:

Immer siefer ins Elend

20—30 Prozent Vohnraub — Die Gewerkschaften schlafen — Die Forstarbeiterlöhne

Sagan. Die Firma Moos-Löw-Beck (größte Tuchfabrik Sagans) hat einen Lohnabbau von 15 Prozent mit Wirkung vom 1. Januar durchgeführt. Dieser Lohnabbau betrifft auch den Arbeiter der Saganer Wollspinnerei. Der Textilarbeiterkast hat sich ob dieser ungemeinen Lohnkürzung eine ungeheure Erregung bemächtigt. Ab 1. Februar soll eine weitere Verschlechterung in Höhe von 10 bis 15 Prozent folgen. Die Meister und Angestellten sollen dieselbe Kürzung erfahren.

Die gewerkschaftsreinen Arbeitervorherrschaft vom Schlag „Joseph und Kaspar“ haben nichts dazu gemeindet, doch fürchtet sich, irgend welche Schritte gegen den Vohnraub zu unternehmen. Durch diese Maßnahme erhielten die Textilarbeiter Vohn, die von den Unternehmensleuten der Arbeitslosen nicht weit entfernt sind. Das gleiche gilt, die gleiche Art wird beide Arbeitertarifverträge, ob inner- oder außerhalb des Bereiches, gemeinschaftlich zu entscheidenden Maßnahmen gegen die grenzenlose Verelendung veranlassen.

Die Löhne der Forstarbeiter hat der Magistrat, geführt aus die neue Notverordnung, in der Sitzung vom 29. Dezember 1931 von 55 Pfennig auf 30 Pfennig pro Stunde reduziert. Ab 1. April soll die weitere Herabsetzung auf 15 Pfennig pro Stunde erfolgen.

Innenhalb der freien Gewerkschaften, in den Betrieben muß die massenbewußte Arbeiterschaft einen haben, uneinflüsslichen Kampf-

fest, entweder mit fünf Pfennig Verbundt vor Bentner aufzuladen zu sein, oder gar nichts zu erwarten. Die Kohle kostet ab Grube 0,97 Pf., Brach 0,63 Pf., Abfuhr 0,07 Pf., Verdienst der Händler 0,06 Pf., also 1,12 Mark sind zu zahlen von den Bevölkerungen. Für die Verbüllung von 24 Pf. hat der Verbraucher 1. Ordnung und Ruhe zu halten, 2. den Osten öster zu trennen (Haldenloch) und 3. von Herz zu Herzen darüber zu sein! Und so einen nennt sich Wohlfahrt. Niemand zu vergessen, daß bürgerliche und soziale sozialistische Zeitungen solche Wohlfahrt nicht genug loben und empfehlen können. . .

Die Knochen der Kumpels sind billig

Nieder-Germendorf. In der Werkstattabteilung des Bohr-Schachtes verunglückte in der Sonnabend-Frühshift der Schlosser Konrad Kluge aus Nieder-Germendorf. Die Dampfleitung — infolge falscher Sparsamkeit aus altem Heizrohr montiert — konnte den 7 Minershänen starke Druck nicht aushalten, so daß ein Rohr platzte. Durch den austreibenden Dampf erlitt der dort beschäftigte Kluge Verbrennungen an beiden Unterarmen. Er wurde sofort in das Knappschäftsazaccen gebracht.

Weizstein. In der 4. Abteilung des Hans-Heinrich-Schachtes verunglückte in der ersten Schicht im neuen Jahr der Lehrhauer Alfred Alst aus Weizstein. Er glitt beim Schwenken eines Kohlenwagens aus und kam mit dem rechten Unterarm unter ein Wagenrad. Dabei erlitt er so erhebliche Quetschungen, daß er die Arbeit einstellen mußte.

Eine Besiegung eingefächer

Landeshut. Am Nachmittag des Sonntags Paul Hoffmann ein schweres Schädeltrauma, das in der Schwebe stand. Von hier griffen die Männer auf das danebenliegende Wohnhaus über, so daß von den aus Holzfachwerk bestehenden Gebäuden die Scheune vollständig und das Wohnhaus zum großen Teil vernichtet wurden. Außer dem Vieh und einem Mäuse kaum nichts gerettet werden. Den Anstrengungen der an die Brandstätte gekommen Feuerwehr gelang es nur, die durch Flieger stark gefährdeten Nachbarhäuser zu erhalten. Die Entstehungsursache des Brandes ist noch unbekannt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Kreisburg. Kreisburg, am 8. d. M. um 19.30 Uhr, Generalversammlung im „Gebüsch-Haus“. Möglicher ist aus den Handzetteln, die von den Unterbezirken verteilt wurden, ersichtlich. Es ist Pflicht aller Kolleginnen und Kollegen, zu erscheinen. Das Mitgliedsbuch muß zur Untersicht mitgebracht werden.

16,40 Mark gezeichnet von Kleinbauern

für die Note Hilfe

Wellersdorf. Ein liegender Genosse sammelte für die Note Hilfe 16,40 Mark. Der größte Teil des Betrages wurde von merktümlichen Bauern gezeichnet. Das beweist uns, daß die Sympathie der Landbevölkerung für die rote Klassens front ist. Von dieser Stelle aus den Kleinbauern, Landarbeitern und Mittelständlern unseren proletarischen Dank!

Massenentlassungen von Landarbeitern

im Kreise Goldberg-Haynau

Haynau. Ab 1. Januar legte die von den Junkern seit längerem geplante Massenentlassung der Landarbeiter ein. In Scharen trömen diese auf die Arbeitsämter. Der größte Teil der Junter hat die Landarbeiter, bis auf die Meller, Herrschaftslütz und Vögte, entlassen.

20—30 Prozent Vohnraub — Die Gewerkschaften schlafen — Die Forstarbeiterlöhne

Sagan. Die Firma Moos-Löw-Beck (größte Tuchfabrik Sagans) hat einen Lohnabbau von 15 Prozent mit Wirkung vom 1. Januar durchgeführt. Dieser Lohnabbau betrifft auch den Arbeiter der Saganer Wollspinnerei. Der Textilarbeiterkast hat sich ob dieser ungemeinen Lohnkürzung eine ungeheure Erregung bemächtigt. Ab 1. Februar soll eine weitere Verschlechterung in Höhe von 10 bis 15 Prozent folgen. Die Meister und Angestellten sollen dieselbe Kürzung erfahren.

Die gewerkschaftsreinen Arbeitervorherrschaft vom Schlag „Joseph und Kaspar“ haben nichts dazu gemeindet, doch fürchtet sich, irgend welche Schritte gegen den Vohnraub zu unternehmen. Durch diese Maßnahme erhielten die Textilarbeiter Vohn, die von den Unternehmensleuten der Arbeitslosen nicht weit entfernt sind. Das gleiche gilt, die gleiche Art wird beide Arbeitertarifverträge, ob inner- oder außerhalb des Bereiches, gemeinschaftlich zu entscheidenden Maßnahmen gegen die grenzenlose Verelendung veranlassen.

Die Löhne der Forstarbeiter hat der Magistrat, geführt aus die neue Notverordnung, in der Sitzung vom 29. Dezember 1931 von 55 Pfennig auf 30 Pfennig pro Stunde reduziert. Ab 1. April soll die weitere Herabsetzung auf 15 Pfennig pro Stunde erfolgen.

Innenhalb der freien Gewerkschaften, in den Betrieben muß die massenbewußte Arbeiterschaft einen haben, uneinflüsslichen Kampf-

Mit Gebrüll ins neue Jahr

Kamslau. Mit großem Tumult wurde hier der Einzug des Jahres 1932 gefeiert. Die Hales und Haisen waren direkt mit wohlhabenden Wohlgebrüllern, die bei einer Palme Wein das Jahr 1932 begangen. Durch die Straßen vorlebte ein Trupp bewaffneter Nazis, die lärmend wieder ihrem großen Idol „Hitler und Sieg“ würdigten. Bei einem kleinen Platz rings um einen Tappan, mit dem Hakenkreuz gekennzeichnet, durch den sie gingen, Sicherlich erwartete er zum „Höchstrollen“ und „Erichsen“ eine gutgehende Praxis. Die Protesten wegen dieses Sturz nationalsozialistischen Moltke waren diesmal sehr groß.

Wir Protesten begrüßen das neue Jahr sehr dankbar, wenn deutsche Arbeiter das Sozialbauen auf allen Fronten hoffen können. Dann gibt es Arbeit und Brot für uns und unsere Kinder!



Die Streikbrecherfront von Rosenfeld bis Hitler

Es gibt in Deutschland mit Ausnahme der relativ kleinen Säkular der Kapitalisten niemand, der den Lohnabbau, den die Brünning-Groener-Regierung durch Notverordnung dictiert hat, offen verteidigt.

Die Empörung in der Arbeiterschaft über diesen Lohnabbau nimmt immer größeren Umfang an. Es wählt der Wille der Arbeiter, sich gegen den Lohnabbau zur Wehr zu legen. In einer Reihe von Betrieben sind die Arbeiter bereits in den Streik getreten. Die Kommunistische Partei und die revolutionären Gewerkschaftsbewegungen stehen auf der Seite der gegen den Lohnabbau empörten Arbeiter, auf der Seite der Arbeiterklasse. Das ist die eine Front, die Klassenfront des Proletariats gegen die Bourgeoisie.

Es gibt in Deutschland eine andere Front: die Regierung, die Kapitalisten, die sozialdemokratischen Führer, die Führer der reformistischen Gewerkschaften, die „linken“ Sozialdemokraten vom Schlag Rosenfeld-Sendenow, die Nationalsozialisten, die christlichen Gewerkschaften usw. Sie alle sind entschieden dagegen, daß die Arbeiter sich mit der Waffe des Streiks unmittelbar gegen den Lohnabbau zur Wehr sehen. Das ist die Antistreikfront, die Front der Notverordnungsdictatoren, die Front des Lohnabbaus.

In dieser Antistreikfront spielt die reformistische Gewerkschaftsbürokratie und die Sozialdemokratische Partei die größte Rolle zur Verhinderung des Streiks der Arbeiter. Den sozialdemokratischen Führern und Gewerkschaftsführern ist es bisher gelungen, durch ihre Streikbrechertätigkeit größere Kämpfe der Arbeiter gegen den Lohnabbau zu verhindern. Die Kapitalisten und die sozialdemokratischen Führer haben geglaubt, auch diesmal die Streiks der Arbeiter gegen den Lohnabbau verhindern zu können. Weil der Widerstand der Arbeiterklasse gewachsen ist, weil unter Führung der kommunistischen Partei und revolutionären Gewerkschaftsbewegung die proletarische Einheitsfront des Kampfes immer größer wird, deshalb haben die Kapitalisten auf dem Wege der Notverordnung jetzt den Lohnabbau dictiert. Mit dem „Autorisat“, d. h. mit den Machtmitteln des kapitalistischen Staates, soll der Abbau der Löhne durchgesetzt werden. Dabei spazierte die Bourgeoisie und Sozialdemokratie darauf, daß die Arbeiter nicht gegen den Lohnabbau auftreten werden, wenn ihn der „Vater Staat“ dictiert. Haben doch Bourgeoisie und Sozialdemokratie den Arbeitern eingeredet, daß der Staat „überparteilich“ ist, daß er über den Klassen der kapitalistischen Gesellschaft steht.

Diese Spazierfahrt ist jedoch fehlgeschlagen. Das Lohnabbau-dictat der Brünning-Regierung trifft im wesentlichen dazu bei, daß die Arbeiter den kapitalistischen Charakter des Staates, die Funktion des Staates als ein Machtinstrument der herrschenden Klasse zur Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterklasse erkennen lernen. Die SPD-Führer, diese mit dem kapitalistischen System eng verbündeten und verbundenen Streikbrecher haben die Streiks in einer ganzen Anzahl Betriebe in Deutschland nicht verhindern können. Ihre Fähigkeit, in Zukunft Streiks zu verhindern, wird in dem Maße geringer, wie die Arbeiter ihre Streikbrechertätigkeit, ihre Rolle als soziale Hauptkämpfe des kapitalistischen Systems erkennen, wie die proletarische Einheitsfront unter Führung der kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsbewegung mächtiger, stärker und seiter wird.

Den Wels und Leipart kommen darum jetzt die anderen Spazierfahrten der Bourgeoisie aus der Anti-Streikfront, die „linken“ Sozialdemokraten führen Rosenfeld-Sendenow und die Nationalsozialisten, die Hitler-Führer zu folgen. SPD-Führer und Nationalsozialisten, „Kommunisten“ ein, wie die Wels-Leipart usw. gegen die Streiks der Arbeiter auftreten. Sie versuchen nicht über einen breiteren Horizont, wie die Sozialdemokratische Partei und die reformistische Gewerkschaftsbürokratie, um mit derselben Weise. Bei der „Generalstreik“ zu errufen, wie sie SPD-Führer und die reformistischen Gewerkschaftsführer. Zudem würden die Arbeiter sich von ihnen mit derselben Verachtung abwenden, wie es den Wels, Leipart usw. Tatsächlich treten die Rosenfeld, Sendenow, Hitler und Goebbels, in der Massse des Arbeiters, ja auch des „radikalen revolutionären“ Ratgebers auf.

Die Rosenfeld, Sendenow und andere „radikale“ Sozialdemokraten sagen den Arbeitern: „Für eure Kräfte nicht vertreten, ökonomische Streiks, Teilstreiks sind zwecklos. Generalstreik, das ist der Pauschal.“

Verdächtig schaute die Nationalsozialisten:

„Teilstreiken? — Nein, Gelammlösung! KPD und AGD wollen durch sinnlose Teilstreiks und verbrecherische Demagogie die deutsche Arbeiterschaft zerreißen!“ („Angriff“, die Zeitung der Nationalsozialisten, am 2. Januar 1932)

Die Vereinigung in den Streik der „linken“ Sozialdemokraten und Goebbel zu den gegenwärtigen Streiks ist augenscheinlich. Diese Vereinigung wird auch dadurch nicht gestört, daß die „linken“ Sozialdemokraten den Arbeitern den „Generalstreik“ als das Universalmittel zum Kampf gegen den Faschismus empfehlen, und daß die Nationalsozialisten für die „Gelammlösung“, für die „Beruhigung einer nationalen Arbeiterschaft unter Führung Adolf Hitlers“ eintreten, die der Arbeiterschaft goldene Berge verspricht. Die verschiedenen Argumentation ist lediglich auf die Tatsache zurückzuführen, daß die Funktionen der „linken“ Sozialdemokraten nicht mit denselben Methoden wie die Funktionen der Nationalsozialisten durchgeführt werden könnten.

Über beide stehen im gegenwärtigen Augenblick gegen die Streiks, die die Arbeiter gegen den Lohnabbau führen, und das als Streikbrecher auf.

Die „linken“ Sozialdemokraten rufen vom Generalstreik. Warum sprechen sie nicht über die Notwendigkeit des unmittelbaren Kampfes gegen den Lohnabbau? Warum sprechen sie nicht von der unabdingten, sofortigen Mobilisierung und Organisierung

Leiparts Neujahrswünsch

Der Erste Vorsitzende des ADGB, Leipart, hat in der SPZ Presse einen Neujahrsartikel veröffentlicht, in dem er von der Brünningregierung die Erfüllung eines großen Wunsches verlangt. Er schreibt einleitend, daß sich die Regierung nicht zu wundern brauche, wenn die Zahl der Anhänger eines Sozialdeutschlands mit jeder Wahl höher zunommen hat. Wörtlich schreibt dann Leipart:

Was aber nötigt innitten der jahreswechseln wie der vor ordneten Not des deutschen Volkes, vor allem seiner ärmeren Schichten, sind nicht Worte, sondern endlich die bestreitende Tat. Es ist fraglich, ob es zurzeit in der Macht irgendwelcher deutschen Regierung liegt, auch mit den dekadentesten Mitteln einer konsequenten Deflationspolitik die wirtschaftliche Not in naher Zukunft zu wenden. Aber sie kann, wenn sie bereit wäre sowohl die Machtmittel des Staates wie auch alle freiwilligen Kräfte des Volkes einzusehen, die sich ihr bisher vergeblich zur Abwehr anbieten, die Wende der politischen Not im eigenen Lande herbeiführen, die seelisch nicht minder greife Verwüstungen anrichtet wie das soziale Elend.“

Arbeiterlese, welchen Wunsch spricht nun Leipart aus? Fordert er etwa Erhöhung der Löhne, Abbau der Zölle, Aushebung der Lohnsteuer und der anderen Massenbelastungsteuern, Streikfreiheit? Nichts von alledem! Leipart fährt wörtlich fort:

„Sie (die Regierung) kann es nur, wenn ihr führender Staatsmann nicht nur in Rundfunkreden, sondern im politischen

handeln entschlossen und mutig Stellung nimmt in dem innerpolitischen Meinungsstreit, wenn er offen und rücksichtslos Partei ergeht für den Staat, der seiner Ohm anvertraut ist. Das ist die unabdingbare Voraussetzung, die die deutsche Arbeitersbewegung — Gewerkschaften wie Sozialdemokratie — an den Kanzler stellt.“

Wir glauben, daß Lautende von sozialdemokratischen Arbeitern an diesem Neujahrswunsch ersennen werden, daß sie mit einem Leipart nichts mehr gemein haben. Welche Sorgen dieser Mann hat! Er meint, daß Brünning noch nicht genügend scharfe politische Maßnahmen zur Sicherung des kapitalistischen Staates getroffen habe. Leipart findet die politischen Bestimmungen der Notverordnungen noch nicht scharf genug, es scheint ihm nicht zu genügen, daß bereits wieder über 6500 proletarische politische Gefangene im Gefängnis sitzen.

In einem anderen Artikel, der im „Vorwärts“ vom 31. Dezember veröffentlicht wurde, fordert Leipart „mit gesteigerter Energie den Kampf gegen die verhängnisvollen westpolitischen Kräfte, die eine dauernde Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich gleicherweise verhindern wie den Frieden Europas und den wirtschaftlichen Aufschwung der Welt.“ Mit den „verhängnisvollen westpolitischen Kräften“ meint Leipart die Sowjetunion. Das vervollständigt das Bild eines Mannes, der die Kommunisten als „Verbrecher“ beschimpft und der in einer Villa wohnt, zu der die Direktion der Arbeiterbank dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats, Leipart, das Grundstück geschenkt hat.

Neuer Abbau der Sozialversicherung

Auch die Leistungen in der Angestellten-Versicherung bedroht

Die „Germania“ schreibt am 1. Januar:

„Von Seiten des Reichsarbeitsministeriums wird nunmehr befürchtet, daß für Ende Februar eine grundlegende Neuordnung des Versicherungswesens zu erwarten ist. Die Notverordnung habe nicht alle Folgerungen aus der Deflation gezogen. Die Knappmachts- und Invalidenversicherung haben zwar eine Erleichterung erfahren, sind aber nicht erneuert worden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich aus einer Neuordnung dieser beiden Versicherungszweige auch Folgerungen für die Angestelltenversicherung ergeben.“

Es ist also ein neuer Abbau der Sozialversicherung geplant. Von den verschiedenen Versicherungen hat die Angestellten-Versicherung infolge der hohen Beiträge und geringen Leistungen noch einen größeren Fonds, der jetzt zur allgemeinen „Sanierung“ mit herangezogen werden soll. Der neue Abbau der Leistungen droht aber für alle Versicherungsarten.

Gegen diese Politik des ununterbrochenen Abbaues der Löhne und der sozialen Leistungen kämpft die rote Einheitsfront unter Führung der Kommunistischen Partei. Alle müssen sich einreihen, die sich gegen die ununterbrochenen Herabstufungen ihrer Lebenshaltung wehren und mit besserer Zustände herbeiführen wollen.

Der Niedergang der deutschen Reichsbahn

„Die Reichsbahn“ bringt nunmehr eine Übersicht über die Entwicklung des Verkehrs und der Finanzen der Deutschen Reichsbahngesellschaft im November 1931. Danach ging der Güterverkehr im November weiter zurück, so daß die durch den allgemeinen Konjunkturübergang bedingte

Schrumpfung des Güterverkehrs über 26 Prozent

gegenüber 1929

betrug. Der Jahreszeit entsprechend hielt auch der Rückgang des Personenzugverkehrs im Berichtsmonat an. Die Betriebseinnahmen betrugen im Personenzug- und Gepäckverkehr 69 912 000 Mark, im Güterverkehr 183 612 000 Mark, insgesamt Einnahmen 36 456 000 Mark, zusammen 290 010 000 Mark, während die Betriebsausgaben sich auf insgesamt 384 550 000 Mark besieben. Die Gesamteinnahmen der Reichsbahn im November blieben hinter dem an

ihm ungewöhnlich niedrigen Oktoberergebnis um rund 46 Millionen Mark zurück.

Die Einnahmen erreichten einen Tiefland, wie es seit Jahren nicht einmal in den schwierigsten Kriegsmonaten festgestellt worden ist. Der Einnahmerückgang betrug gegenüber November 1929 19,7 Prozent und gegenüber November 1929 25,4 Prozent. Der Personalstand der Reichsbahn betrug insgesamt 663 463 Köpfe gegenüber 675 681 im Oktober 1931.

SPD-Arbeiter gründen Ortsgruppe der Kommunistischen Partei

München, 4. Januar. Die letzten Notverordnungen haben in der SPD-Ortsgruppe Heilsbronn (Bayern) eine ungeheure Empörung ausgelöst. Ein großer Teil der Mitglieder verließ die SPD. und gründete eine Ortsgruppe der KPD.

Notverordnung und Lebensmittelpreise

Der „Deutsche Handelsdienst“ meldet:

„Es wird darauf hingewiesen, daß sich eine weitere Preissenkung für nicht preisgebundene Kolonialwaren und Lebensmittel aus der Notverordnung nicht ergibt. Der Kolonialwaren- und Lebensmittel-Einzelhandel ist mit der Preislenkung bereits vorausgegangen. Im Durchschnitt sind die Preise um 22 Prozent gesenkt. Die Notverordnung schreibt jedoch auch eine Senkung für Markenartikel vor. Hier ist mit einem Abfall von 10 Prozent zu rechnen.“

Die meisten Lebensmittel, die der Prolet kauft, haben nicht gebunden (von einem Kartell festgelegte) Preise. Für diese gilt also die Notverordnung nicht. Daß die Preise dieser Lebensmittel schon vorher gesunken sind, hat der Prolet aber nicht bemerkt. Sind Kartoffeln, Brot, Gemüse billiger als vor einem Jahr? Nein, sie sind teurer!

der Arbeiter in den Betrieben gegen den Lohnabbau? Darum, weil sie diesen Streik nicht wollen. Der Generalstreik, den die Rosenfeld-Sendenow und andere „linken“ Sozialdemokraten propagieren, ist nichts weiter als ein Absturzmanöver. Wir Kommunisten sind nicht Gegner des politischen Massenstreiks und des Generalstreiks. Aber jetzt sieht noch nicht der Generalstreik, sondern der Kampf gegen den Lohnabbau konkret in jedem Betrieb auf der Tagesordnung. Das ist der nächste Schritt. Den Arbeitern, diesen Schritt nicht zu tun, sondern auf den „Generalstreik“ zu warten, der niemals „von selbst“ kommen wird, der nichts das Ergebnis einer ganzen Kette der ökonomischen und politischen Kämpfe des Proletariats ist, das heißt in der Tat, gegenwärtig auf den Kampf der Arbeiter verzichten, das heißt als Streikbrecher austreten.

„... und nicht nur die Notverordnung... gegenwärtigen Kampfe der Arbeiter entlädt. Der „Angriff“ schreibt:

„daß das Ziel dieser kommunistischen Streikparole nur gegen die nationalsozialistische Bewegung gerichtet ist... Jeder Nationalsozialist lehnt daher die kommunistische Parole.“

„In der Tat, wir betrachten nicht, daß der Kampf der Arbeiterschaft, der Streik gegen Lohnabbau zugleich ein Kampf gegen den Faschismus und daher auch gegen seinen nationalsozialistischen Anhänger ist. Im Gegenteil, wir wissen, daß mit der Entfaltung der eigenen Kraft die Arbeiterschaft den nationalsozialistischen Anhänger des Faschismus schlagen wird. Die nationalsozialistische Bewegung kommt zu einer Massenbewegung in Deutschland werden, weil die Streikbrecherpolitik der SPD und der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie die Entwicklung der Klassenfront des Proletariats im Interesse der Bourgeoisie hemmt, weil die Kette der Kämpfer der kommunistischen Führer, ihre Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie breite Massen des vorwärtsigem Arbeiters und auch Teile der Arbeiterschaft in die Arme der Nationalsozialisten, in die faschistische Front getrieben werden.“

Beginnt die Arbeiterschaft in Deutschland ihre eigene Kraft zu entfalten, beginnt sie als selbständige Klassenkraft aufzutreten, gelingt es der Sozialdemokratischen Partei und der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, im Verein mit den „linken“ sozialdemokratischen Führern, nicht mehr, große Teile der Arbeiterschaft unter dem Einfluß der Bourgeoisie zu halten, wird die Spaltung der Arbeiterschaft, die die Sozialdemokratie bewußt herbeigeschafft hat, als sie sich in eine Agentur der Bourgeoisie verwandelt, liquidiert und die Einheitsfront des Proletariats unter der Führung der Kommunistischen Partei hergestellt, dann spielt das Proletariat nicht einfach die Rolle einer der Klassen der bürgerlichen Gesellschaft, sondern wird der Hegemon, der Führer, der Leiter, die Avantgarde des arbeitenden Volkes. Der Kampf der Arbeiterschaft drückt dann dem gesamten politischen Leben des Volkes den Stempel auf. Weil dem so ist, weil die Frage, ob es dem bürgerlichen Kapitalismus gelingt oder nicht gelingt, die Ausdeutung und Unterdrückung der Arbeiterschaft und der anderen werktätigen Schichten aufrechtzuhalten, nur durch den Kampf der Arbeiterschaft, durch den konkreten, unmittelbaren Kampf entschieden wird, weil der Weg zur sozialistischen Gesellschaft der Weg des Kampfes der Arbeiterschaft ist, darum ist die Bourgeoisie gegen den Klassenkampf, darum sind Sozialdemokratie, Gewerkschaftsbürokratie und Nationalsozialisten als die Stützen der Bourgeoisie gegen den Kampf der Arbeiterschaft. Darum treten sie im gegenwärtigen Moment als Streikbrecher auf.“

Dem Kapitalismus, seinem Machtapparat und seinen Agenten gilt unser Kampf

Die ausgebetteten und unterdrückten Arbeiter im Betrieb, auf der Stempelstelle und vom Lande müssen berichten über ihre elenden Lohn- und Lebensverhältnisse. Auch die Angestellten des Warenhauses und vom Kontor, sowie die werktätige Landbevölkerung schreiben an uns über ihre Verhältnisse.

In erster Front aber müssen die Arbeiter-Korrespondenten stehen.

Berichtet an uns

Unsere Presse muß widerstreichen die Not und das Elend der Opfer des Kapitalismus und unser Kampf gegen das heutige System. Nur unsere Presse steht sich rücksichtslos ein für die Massen der Unterdrückten und Ausgebetteten.

Autogigant „Motolow“ Nischni Nowgorod

Die Eröffnung eine Jubelstier der ganzen Sowjetunion! — Alle Weltrekorde beim Bau übertrafen! — Amerikas Autokönig Ford bankrott: Alle 2½ Minuten ein Sowjetauto!

Nischni-Nowgorod, 2. Januar. Gestern feierte die Arbeiterschaft Nischni-Nowgorods und der ganzen Sowjetunion einen neuen Sieg der Generallinie der kommunistischen Partei an der Front der Industrialisierung: Der Autogigant nahm pünktlich in den entscheidenden Abteilungen die Arbeit auf, so daß in einigen Tagen bereits die ersten Sowjetautos vom Fließband des Nischni-Nowgoroder Autobetriebes laufen können.

Zehntausende Arbeiter, unter Führung der unermüdlichen Parteiorganisation und Komsomols hatten beschlossen, das Riesenwerk fristgemäß dem Sowjetland zu übergeben. Sie überwanden die zuerst scheinbar unüberwindlichen Schwierigkeiten der technischen Rückständigkeit, der Sabotage und des opportunistischen Pessimismus.

Heute steht der Riese Sowjetsford fertig da, in allen entscheidenden Teilen fertig montiert und bereit, dem Sowjetstaat und den Kollektiven Zehntausende von Lastautos und Leichtautos zu übergeben. Wo vor 18 Monaten nur Grassteppe war, stehen heute 13 Fabrikrienen, mit modernster Maschinenausstattung aus der Sowjetunion, Amerika, England und Deutschland. Beispiele: Weise der Motorenbau und die mechanische Abteilung messen 640 Meter mal 108 Meter, ein Rauminhalt von 538 768 Kubikmeter, ausgestattet mit 2500 kompliziertesten Maschinen. 30 000 Arbeiter bauten in einem Durchschnittszeitraum, das alle Rekorde der Welt übertrifft.

Der Kampf der Partei und der Gewerkschaften, die Beteiligung der gesamten Arbeiterschaft und von Zehntausenden von Kollektivbauern und insbesondere die vorsäßliche Arbeit der Betriebsgruppe der Partei und Komsomol zur Durchführung der sechs Bedingungen Stalins, angeregt durch den vorwärtsstürmenden Arbeitsenthusiasmus der Männer für ihren eigenen Autobetrieb, ermöglichte in so kurzer Zeit, das Riesenwerk aus dem Boden zu stampfen. So stieg die Zahl der Stoßbrigaden von 530 Brigaden mit 11 500 Stoßtrupplern, gleich 55,2 Prozent der Gesamtbelegschaft, vom Juni 1931 auf 502 Brigaden mit 25 951 Stoßtrupplern, gleich 93,6 Prozent der Gesamtbelegschaft heute. Vom Januar bis September machten die Arbeiter 4375 Rationalisierungsvorschläge, von welchen 2256 verwirklicht wurden. Allein 118 Vorschläge ergaben eine Ersparnis von 364 758 Rubel.

Mit den Mauern des Werkes wuchs auch die Organisation der Partei, des Komsomol und der Gewerkschaften. Der Komsomol vollzogte Wunderwerke des Arbeitsenthusiasmus, ohne den die pünktliche Fertigstellung unmöglich gewesen wäre. Allein im Oktober gaben die Komsomolzen für Bauarbeiten und Montage neben der üblichen Tagesarbeit 75 000 Arbeitsnächte bei. Der Komsomol wuchs dementsprechend

Siege der Roten China-Armee

Schanghai, 4. Januar. Über Mantšuia in der Provinz Kiautschou wurde der Belagerungszustand verhängt, weil Truppenteile der Roten Armee sich in der Nähe der Hauptstadt befinden.

Die Hauptstadt des Kreises Pupi ist von der Roten Armee umzingelt. Die Militärbehörden von Wuhan entsenden sofort Truppenteile der 14. Division zur Unterstützung der örtlichen Garnison, doch schlossen sich diese den Roten Truppen an. Der Verkehr auf der Eisenbahnlinie Wu-chang-Tschong-sha ist unterbrochen.

Die Roten Armeen haben auch so wichtige Plätze wie Siaoguan, Tsiachi und Tsianming besetzt und überall die Sowjetmacht eingerichtet.



(Copyright by Agi-Verlag Berlin-Wien.)

23. Fortsetzung

Der elegante Herr warf sich von neuem in Positur: „Ich handele wohl im Einverständnis mit der Wehrheit des Hauses, wenn ich erkläre, daß wir es ablehnen müssen, uns dem Terror der Strafe zu beugen. Ich schließe die Sitzung.“

Auf die Zurufe der Erwerbslosen: „Auch ein Arbeitervetter! — Er sieht ja an der Krippe!“ hatte er nur die Ignoranz des Empörömmlings.

Jetzt waren schrille Schreie von der Treppe her zu hören. Ein Heeresallkommando schlug ohne vorherige Aufforderung, das Gebäude zu verlassen, auf die Erwerbslosen ein. In wenigen Minuten war die Ordnung wieder hergestellt. Zwei Lastautos mit Gefangenen fuhren die Frankfurter Allee hinunter.

★

Zu dieser Nacht kam Albert zum ersten Male nach der Heimkehr aus dem Schürengraben nicht nach Hause. Er lag — oder stand vielmehr — mit circa einem Dutzend anderer Erwerbslosen in einer Zelle des Polizeipräsidiums und wartete auf seine Vernehmung. Erst gegen Mittag wurde er vorgeführt.

„Sie heißen?“ fragte ihn ein Polizeiteilnehmer.

Albert nannte seinen Namen.

„Wo wohnen Sie?“

Albert nannte seine Adresse.

„Welcher Partei gehören Sie an?“

„Ich gehöre keiner Partei an.“

Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Sie sich die Folgen lebst zu zuschreiben haben, wenn Sie nicht wahrheitsgemäß aussagen! — Also, Sie gehören keiner Partei an?“

„Nein!“

„Auf welchen Veranlassung beteiligten Sie sich an dem Überfall auf das Rathaus in Lichtenberg?“ Der Leutnant sah Albert

von 60 Mitgliedern im Dezember 1930 auf 900 Mitglieder im Dezember 1931.

Die Durchführung der sechs Bedingungen Stalins erhöhte die Löhne zum Teil bis um 45 Prozent, erhöhte die Arbeitsproduktivität und sicherte die Erfüllung der gestellten Aufgaben.

Die Eröffnung gestern morgen gestaltete sich zu einer Jubelstier der Zehntausende von Werktagen des ganzen Gebiets unter Teilnahme der gesamten Sowjetunion. Zahlreiche Extra-Brüder aus Moskau und anderen Teilen der Sowjetunion brachten viele Hunderte von Delegationen der Großbetriebe. Das gewaltige Hauptgebäude, in welchem die Direktion und die Vertretungen der Partei und Gewerkschaften sich befinden, stand

im Hintergrund roter Fahnen. Unter das Gebäude waren rote Bänder gespannt, welche wie: „Die Errichtung des Autogiganten ist ein gewaltiger Sieg auf der Generallinie der Partei“ und „Die Beherrschung der Technik ermöglicht uns, die führenden kapitalistischen Länder zu überholen.“ Vom frühen Morgen an strömten Tausende von Arbeitern auf Lastautos und Bussen zum Betrieb. Um 11 Uhr erreichte die Spitze der Demonstration der Zehntausende das Betriebspaläon. Es marschierten mit vielen Kapellen und bunten Transparenten, auf denen die gewaltigen Erfolge der Arbeit und der Niedergang des Kapitalismus, insbesondere der Ford-Werke in Detroit, drastisch gegenübergestellt sind. Die Transparente zeigten ein gebrochenes Fordauto und ein zusammengebrochener Ford.

Die Delegierten besichtigten verschiedene Abteilungen des Betriebes, woraus in der mechanischen Reparaturwerkstatt, miten zwischen den Maschinen, eine Konferenz in der Belegschaft mit den Delegierten der ganzen Sowjetunion stattfand. Unter fröhlicher Begeisterung wurde der Vorstand aus 41 Abteilungsversammlungen angenommen, den Betrieb Motolow zu nennen. Die Konferenz begrüßte unter großem Jubel Vertreter des ZK, der Partei, der Regierung, Gewerkschafts- und Wirtschaftsorganisationen. 120000 Rubel und 10 Automobile.

Am Abend feierte die Arbeiterschaft die Eröffnung in einer begeisterten Massenversammlung im Kulturpalast

Hitler im Dienste des britischen Imperiums

Der Naziführer gegen die nationale Freiheit des indischen Volkes

In seiner Kriegerei vor dem britischen Imperialismus betont Hitler bei jeder Gelegenheit, daß er gegen die nationale Unabhängigkeit des indischen Volkes sei. Als er unlängst sowohl im „Völkischen Beobachter“ als auch in den „Timex“ wieder einmal in diesem Sinne zur indischen Frage Stellung genommen hatte, wandte sich der Inde L. Pillai mit einem Brief an ihn. In diesem Brief weist Pillai darauf hin, daß Hitlers Stellung zur indischen Frage den deutsch-indischen Beziehungen nur schaden könnte, ja, zu einer Stilllegung des deutschen Exports nach Indien führen müsse.

Auf diesen Brief ließ Hitler Pillai eine Antwort zulommen, in der es heißt:

„Herr Hitler ist nach wie vor der Überzeugung, daß eine Ausgabe der englischen Herrschaft in Indien gleichbedeutend wäre mit der Ausbreitung des Bolschewismus in Indien und daß somit die Aufrechterhaltung der britischen Herrschaft dort im Interesse der ganzen zivilisierten Welt liegt.“

Hitler also, der vorgibt, ein Vorkämpfer der nationalen Freiheit zu sein, erklärt sich hier offen für die nationale Unterdrückung und Versklavung des indischen Volkes. Ein Schulbeispiel dafür, was von den nationalen Phrasen des Naziführers zu halten ist.

Auslandsanleihen — ein fettes Geschäft

Washington, 4. Januar. Senator Johnson erklärte, daß die internationalen Bankiers der Vereinigten Staaten seit dem Kriege aus ihnen an das Ausland gegebenen Anteilen in Höhe von 10 Milliarden Dollar mehr als 500 Millionen Dollar Gewinne bezogen hätten.

Jeden amerikanische Banken haben zum Jahresbeginn ihre Salden geschlossen, darunter die Volksbank von Charleston mit ihren 47 Filialen und 28 Millionen Dollar Depositionen.

Im Zeichen der „Währungskonferenz“

120 neue Kriegsschiffe für USA. — 60 Bomberflieger für Belgien

Washington, 4. Januar. Dem Repräsentantenhaus ist eine Vorlage über den Bau von 120 neuen Kriegsschiffen zugegangen, die mit einem Kostenaufwand von 616 250 000 Dollar verteilt auf die nächsten zehn Jahre erhöht werden sollen.

★

London, 5. Januar. Die belgische Regierung hat der englischen Flugzeugfabrik Aviture Aviation Company in Hayes einen

Auftrag auf 60 Kriegsluftzeuge erteilt. Der Preis beträgt etwa 4,5 Millionen Mark.

Kurze Auslandsnachrichten

Die Zahl der Arbeitslosen in Belgien ist in ständigem Ansteigen begriffen. Am 31. Dezember 1931 zählte man bereits 225 266 Arbeitslose gegen 109 000 im Vorjahr.

★

In der Provinz Entre Rios im Nordosten Argentiniens ist ein Aufstand ausgebrochen. Die Aufrührer haben La Paz und andere Orte der Provinz eingenommen, ancheinend geht der Aufstand von Anhängern Trigoyens aus.

★

Der frühere tschechische Minister Strba, der der polnischen Regierung angeklagt war, wurde freigesprochen. Strba ist Vorsitzender der tschechischen nationalen Liga.

★

Ein katholischer Priester sucht die Radikalisierung der amerikanischen Arbeitslosen zu einem „antikommunistischen Hungermarsch“ nach Washington auszunutzen.

★

Zwischen zilatoguanischen Aufständischen und amerikanischen Marinesoldaten kam es bei Gopito zu einem Gefecht.

lauernd an. „Sie haben sich doch nicht unaufgefordert daran beteiligt; es handelte sich doch um eine organisierte Demonstration.“

Albert fühlte, daß in ihm die Worte in den Mund legen wollten. Er las in dem verschlagenen Gesicht des jungen Leutnants. Dieser lächelte sich in der Rolle des Untersuchungsrichters zu gefallen, denn er lächelte hämisch und fuhr fort:

„Warum sprechen Sie denn nicht, wenn Sie sich unschuldig fühlen?“

Albert fühlte, wie es ihm heiß und kalt über den Rücken lief. Genau so, als Schmidt zu ihm sagte: „Wenn Sie nicht arbeiten wollen. Das können Sie doch gleich sagen.“ Aber er wurde durch die Kommandostimme auf den Gangen, durch die drei bewaffneten Polizisten im Zimmer, durch das Kommen und Gehen der Ordner, daran erinnert, daß man ihm einen Schlag hundertfach zurückgeben würde. Er antwortete:

„Die Erwerbslosen beschlossen in einer Versammlung, dem Magistrat ihre Forderungen zu unterbreiten. Weiter haben Sie nichts getan!“

„Rufen Sie nicht solchen Unsinn!“ brauste nun der unisolierte Untersuchungsrichter auf. „Sie sind gewaltig eingedrungen. Das wollen Sie doch nicht bestreiten? Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß eine Reihe Zeugenaussagen vorliegen, mit denen das gewaltige Eindringen belegt ist. Sagen Sie die Wahrheit, wenn Sie nicht selbst etwas zu verborgen haben.“

„Ich habe nur gesehen, daß die Polizei der Delegation den Eintritt verweigerte. Hätte man Sie angehört, wären die Erwerbslosen nicht in das Rathaus gegangen.“

„Danke für Ihre psychologischen Fingerzeige. Ich muß Sie jedoch dringend bitten, sich nicht dümmer zu stellen, als Sie sind“, sagte da der Leutnant empört. Dann, mit einem Wink zum Protokollführer, „Sie sagen also, daß die Delegation der Erwerbslosen nicht vorgelassen wurde. Daraufhin sind die Erwerbslosen gewaltig in das Rathaus eingedrungen!“

Albert war überzeugt, daß man ihm „gewaltig“ einen Strich durch die Rechnung gemacht hätte. „Bon Gewaltsam eindringen“ habe ich nicht gesehen. Ich habe nur gesehen, wie sie hineingegangen sind“ — er wortete er.

„Gut!“ stellte der Leutnant fest. „Also, der Erwerbslosen-delegation wurde der Eintritt verweigert, darauf sind die Erwerbslosen — eingedrungen!“

Albert schwieg. Der Leutnant rührte fort:

„Sie sagten aus, daß die Erwerbslosen-delegation in der Erwerbslosenverammlung, in der Sie selbst anwesend waren, gewählt wurde. Haben Sie auch an der Wahl teilgenommen?“

„Ja.“

„Gehören Sie selbst zu dieser Delegation?“

„Nein.“

„Kennen Sie die zu dieser Delegation gewählten Personen?“ Der Leutnant stellte die Frage so, als mache er ihr keine große Bedeutung bei. Er sah lauernd vor sich hin. Als Albert nicht antwortete, sah er sich rustikal nach diesem um.

„Sie müssen doch wissen, wem Sie ihre Stimme geben! Sie müssen die Leute doch kennen!“

Albert sah in das Fuchsgesicht des uniformierten Rechtsritters und sagte:

„Darüber verweigerte ich die Aussage.“

Der Leutnant sprang vom Stuhl hoch und schrie:

„Sie scheinen gute Gründe zu haben, die Aussage zu verweigern. Ich kann Ihnen jedoch verraten, daß wir über diese Gründe bereits genügend informiert sind.“ Als Albert jedoch weiter im Schweigen verharrte, redete der Leutnant — in merkwürdig verändertem Ton — weiter:

„Wir glauben aber, daß Sie sich durch eine freiwillige wahrheitsgemäße Aussage entlasten und einen falschen Verdacht von sich abwälzen würden. Das scheint jedoch nicht der Fall zu sein.“

Albert blieb schweigend stehen. Der Protokollführer reichte ihm dann das Protokoll zur Unterschrift.

In diesem Polizeideutsch war sorgfältig Sah an Sah gereicht:

„Der Arbeiter Albert Buchner erklärt, daß die Arbeitslosen in der Versammlung vom — — — die Forderungen erhoben: Erhöhung der Unterstützung auf das Ersatzminimum, sofortige Auszahlung einer Wirtschaftshilfe von tausend Mark usw.“

Eine in dieser Versammlung gewählte Delegation wurde beauftragt, dem Magistrat diese Forderungen zu unterbreiten. Um ihren Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen, demonstrierten die Erwerbslosen vor dem Rathaus.

Als der Delegation der Eintritt verweigert wurde, nahmen die Demonstranten eine drohende Haltung ein und drängten dann trotz des ausdrücklichen Verbots, in die Räume und in den Sitzungssaal. Über die Frage, wer dieser Delegation angehörte oder ob ich selbst Mitglied der Delegation war, verweigerte ich die Aussage.“

(Fortsetzung folgt)

